

Ergebnisprotokoll

Thema:	AG „Zukünftige Förderung von Jugendwerkstätten“		
Datum: 12.12.2011		Ort: MS Niedersachsen, Hannover	Uhrzeit (von – bis): 11.00 - 13.30 Uhr
Besprechungsleitung: Herr St Pott, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration		Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste	Verfasser: Weger
Protokoll erstellt am: 02.02.2012		Verteiler: siehe Teilnehmerliste	
Anlagen:	Teilnehmerliste		

Besprechungsergebnisse:

TOP Nr.:	Aufgabe / Ergebnisse
1.	<p><u>Begrüßung</u></p> <p>Herr St Pott weist auf die gute Arbeit in der UAG am 21. November 2011 hin. Der noch nicht abgestimmte Entwurf des Protokolls der UAG steht den Teilnehmer/-innen als Tischvorlage zur Verfügung. Die Endfassung wird kurzfristig nach erfolgter Abstimmung versandt. (Anmerkung: Das abgestimmte Protokoll wurde den AG-Mitgliedern als auch allen niedersächsischen Jobcentern - gE und zKT - und Trägern von Jugendwerkstätten am 23. bzw. 29. Dezember 2011 übersandt)</p> <p>Herr St Pott führt ein, dass die Arbeit der AG nach Abschluss des Vermittlungsverfahrens zum Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt unverändert fortgesetzt werden kann. Die vom Vermittlungsausschuss formulierte Protokollerklärung zur angestrebten Anpassung des BA-bvB-Fachkonzepts und Öffnung für die Produktionsschulen hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die aktuell geplante weitere Förderung von Jugendwerkstattmaßnahmen durch die Jobcenter. Für die Protokollergänzung hat sich das Land Niedersachsen im Vermittlungsverfahren eingesetzt.</p>

2.

Aktueller Sachstand Gesetzgebungsverfahren

Herr Weiland, Unterabteilungsleiter IIc (Grundsicherung für Arbeitsuchende) im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, stellt ergänzend die SGBII-relevanten Änderungen, die im Rahmen des Vermittlungsausschusses noch in das Gesetz eingebracht wurden, dar. So wurde bspw. auch § 77 SGB III im SGB II für Vergabe – FbW geöffnet. Herr Weiland bestätigt, dass auch aus Sicht des BMAS die vorliegende Protokollerklärung zum bvB-Fachkonzept die aktuellen Überlegungen zur Fortführung der Förderung der Jugendwerkstattmaßnahmen nicht unmittelbar berührt. Perspektivisch werden durch die Protokollergänzung ggf. ergänzende Fördermöglichkeiten in Jugendwerkstätten eröffnet. Es wird weiterhin um die bedarfsgerechte weitere Förderung von Maßnahmen in Jugendwerkstätten gehen.

Das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt wird zum 1. April 2012 in Kraft treten. Die in der UAG aufgeworfenen grundsätzliche Fragen zu § 45 SGB III werden in der Bund-Länder-AG Eingliederung SGB II erörtert. Die Ergebnisse fließen in die weiteren Überlegungen der AG Jugendwerkstätten ein. Insbesondere die Themen:

- Arbeit in sogenannten Übungswerkstätten mit hohem Praxisanteil und teilweise wirtschaftlich verwertbareren Ergebnissen und Tätigkeiten in Maßnahmen nach § 45 SGB III
- Durchführung von Maßnahmen nach § 45 SGB III durch das Jobcenter und deren Finanzierung aus dem Eingliederungstitel.

(Anmerkung: Die nächste Sitzung der Bund-Länder-AG Eingliederung SGB II findet am 31. Januar / 1. Februar 2012 statt).

Trägerzulassung

Die Zulassungsverordnung befindet sich gegenwärtig im Verfahren der schriftlichen Verbände- und Länderanhörung. Die Verkündung ist für Februar, spätestens März, 2012 vorgesehen.

Aufgrund der Möglichkeiten der Gestaltung eines Übergangszeitraumes durch Verlängerung einer bestehenden AGH-Maßnahme bzw. Übergangsfrist für die Zertifizierung von Maßnahmen nach § 45 SGB III n.F. als Auftragsmaßnahme entsteht grundsätzlich kein zeitlicher Druck. (vergleiche auch Protokoll vom 31. Oktober 2011, Punkt 3).

3.	<p><u>Bericht der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen zu den Möglichkeiten der freihändigen Vergabe</u></p> <ul style="list-style-type: none">Herr Oks, Geschäftsführer Grundsicherung der RD NSB stellt die Möglichkeiten der freihändigen Vergabe auf der Basis der Stellungnahme des für die Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen (AMDL) bei der BA zuständigen örtlichen Regionalen Einkaufszentrums dar. Die Stellungnahme wird dem Protokoll als Anlage beigelegt. Die freihändige Vergabe wäre demnach im Fall der laufend geförderten Maßnahmen „Jugendwerkstatt“ möglich, da aus faktischen und rechtlichen Gründen nur ein Träger in Frage kommt. Das Alleinstellungsmerkmal kann sich durch die bestehenden, trägergebundenen Zuwendungsbescheide der ESF-Förderung ergeben. Es muss sich ein erheblicher Vorteil durch das Alleinstellungsmerkmal ergeben. Der Gesamtauftragswert muss üblichen Marktpreisen für vergleichbare Maßnahmen entsprechen. <p>Auf Nachfrage erklärt Herr Oks, dass keine konkrete, allgemein gültige Definition für den „erheblichen Vorteil“ genannt werden kann. Das Vorliegen der Voraussetzungen für die Freihändige Vergabe wäre in jedem Einzelfall unter Berücksichtigung der Gesamtumstände zu ermitteln.</p> <ul style="list-style-type: none">Aus Sicht der Träger von Jugendwerkstätten bleibt die Frage offen, ob die Freihändige Vergabe auch durch eine vorteilhafte Gelegenheit oder ausschließlich aufgrund des Alleinstellungsmerkmals in Betracht kommt.Es wird die Bildung einer UAG zur Klärung vergaberechtlicher Einzelfragen und ggf. Erarbeitung eines „Grundgerüsts“ für Verdingungsunterlagen angeregt.
4.	<p><u>Bericht zur UAG vom 21. November 2011</u></p> <p>Das BMAS stellt die Ergebnisse der UAG anhand des als Tischvorlage verteilten Protokoll-Entwurfs vor (Anmerkung: siehe inzwischen übersandtes Protokoll)</p> <p>Die gemeinsam herausgearbeiteten Ergebnisse eröffnen grundsätzlich die Anwendbarkeit der Fördergrundlage von § 45 SGB III (n.F.). Daneben sind einzelne Elemente weiter dem SGBVIII zuzuordnen. Abzuwarten bleibt das Ergebnis der Klärung in der Bund-Länder-AG zu marktnah gestalteten Übungswerkstätten mit ggf. wirtschaftlich verwertbaren Arbeitsergebnissen.</p> <p>Die Träger der Jugendwerkstätten stellen nochmals, heraus, dass die sinnstiftende Beschäftigung in den Jugendwerkstätten in erster Linie zur Aktivierung und Stabilisierung der jungen Menschen erfolgt. Wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse sollen die Sinnstiftung unterstreichen und sind insoweit eher ein maßnahmeunterstützendes Nebenprodukt. Es erfolgt gerade keine Beschäftigung von jungen Menschen, die eigentlich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einsatzfähig</p>

	<p>wären.</p> <p>Weiterhin wird von den Trägern der Jugendwerkstätten die Notwendigkeit gesehen, verstärkt die erweiterten Möglichkeiten der Freien Förderung nach § 16f SGB II für die Förderung von Maßnahmen in Jugendwerkstätten zu nutzen. Das BMAS vertritt die Auffassung, dass - auch vor dem Hintergrund des begrenzten Budgets bei § 16f SGB II - die regelmäßige Förderung über § 45 SGB III ggf. in Kombination mit Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II erfolgen sollte. Die Nutzung eines Basisinstruments bietet den Maßnahmen „Jugendwerkstatt“ die größtmögliche Fördersicherheit. Gleichwohl kann die Freie Förderung von Jobcentern auch für die Eingliederung junger Menschen genutzt werden.</p> <p>Angesprochen durch einzelne Vertreter der Träger von Jugendwerkstätten wird nochmals das Thema der „Motivationsprämie“ für Teilnehmer/-innen in Jugendwerkstattmaßnahmen diskutiert. Der Einsatz einer „Motivationsprämie“ wird auch unter Berücksichtigung der Wirkungen auf Folge-Maßnahmen unterschiedlich betrachtet. Auch bei diesem Thema bleibt die Behandlung in der Bund-Länder-AG abzuwarten. Ansonsten ist die Zahlung einer Motivationsprämie gesetzlich nicht möglich.</p>
5.	<p>Verschiedenes</p> <p>a) Offene Fragen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Aus den Reihen der Träger-Vertreter wird die Frage nach ggf. unter § 46/ 45 n.F. SGB III anfallender Umsatzsteuerpflicht gestellt. <p>Die Frage wird auf Bitten des BMAS durch die RD NSB zum nächsten AG-Termin geklärt.</p> <ul style="list-style-type: none">• Nach Information eines Trägervertreters würden aktuell einige Jobcenter (gE) Träger von Jugendwerkstattmaßnahmen auffordern, sich zertifizieren zu lassen. <p>Die RD bittet um konkrete Information zu den betreffenden Jobcentern.</p> <ul style="list-style-type: none">• Das BMAS bietet an, nach Verkündung der Zulassungsverordnung zusätzliche Hinweise und Erläuterungen zum Zulassungsverfahren entweder im Rahmen der AG oder einer noch zu bildenden UAG zu geben. <p>b) Die nächste Sitzung der AG findet am 16. Februar statt. Vorher wird eine UAG tagen.</p>